

Das heißt, liebe Freunde, jede Steigerung der Industrieproduktion, jeder Doppelzentner höherer Ertrag auf dem Feld und im Stall ist ein Beitrag im Kampf um die Sicherung des Friedens, ist ein Schlag gegen den westdeutschen Militarismus.

Die westdeutsche kapitalistische Presse hat sich in den letzten Wochen in verschiedenen Artikeln beschwert. Sie schreibt: „Was ist denn das für eine neue Lage? In den westlichen Ländern stellt man die Forderung, daß man in Bonn die starre Politik ändert und Konzessionen macht, aber niemand spricht davon, was in der DDR geändert werden soll.“ — Das ist es eben. Wir brauchen keine Atomwaffen zu beseitigen, weil wir keine haben. Wir brauchen keine Wehrpflicht abzuschaffen, weil wir keine eingeführt haben. Aber die, die das alles einführten, müssen es abschaffen. Anders geht die Sache nicht mehr. Das ist der Unterschied. Wir haben die Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition durchgeführt und den deutschen Imperialismus liquidiert.

Selbst in der Landwirtschaft in Westdeutschland spricht man wenig darüber, was in der DDR etwa geändert werden soll, wohl aber stellen die Bauern Forderungen an die Regierung. Der stellvertretende Bundeskanzler Dr. Erhard hat am 11. Februar im Bundestag den Bericht über die Lage der westdeutschen Landwirtschaft gegeben. In diesem Bericht des Wirtschaftsministers Adenauers, Dr. Erhard, wird gesagt, daß man in Westdeutschland die Agrarstruktur ändern müsse. In einem Abschnitt über den Verbrauch von Nahrungsmitteln durch die Bevölkerung heißt es: „In Westdeutschland liegt der Verbrauch bei Butter im Jahre 1958 9 Prozent unter dem Vorkriegsstand.“

Es ist ja klar, die westdeutschen Bergarbeiter können sich keine Butter kaufen. Die Herren reden über das Wirtschaftswunder, aber was ist das für ein Wirtschaftswunder, wenn sich die Bergarbeiter keine Butter kaufen können!

Die Wirtschaftswunderstrategen sprechen aber nun um so mehr von der Änderung der Agrarstruktur. In dem Bericht von Erhard heißt es: „Die freigewordenen Flächen sind vor allem den Betrieben der großen Klassen zugeschlagen worden. Seit dem Vorjahr ist in Fortsetzung der bisherigen Entwicklung die Zahl der Betriebe von 0,5 bis 10 ha um 31 000 verringert worden.“ Das sagt der Stellvertreter Adenauers. „Und diese Maßnahmen werden vom Staat“, schreibt er, „weiter unterstützt.“

Es ist doch kein Wunder, daß die Bauern unsicher werden, daß vor allen Dingen die Kleinbauern immer mehr in Abhängigkeit von den großen geraten und ein Teil der Kleinbauern liquidiert wird.

Deshalb begrüßen wir, daß der Genossenschaftsbauer Hering hier in der Diskussion vorschlug, daß man einen Wettbewerb verschiedener Bezirke durchführen soll, mit Oldenburg, mit Schleswig-Holstein und anderen Ländern. Absolut richtig! Laden wir Einzelbauern aus dem Lande Hannover, aus Oldenburg ein. Sollen sich die Oldenburger und Mecklenburger zusammensetzen und sich darüber aussprechen, wie es in der Landwirtschaft weiter-